



20. Januar 2014



Rede beim Kongress "Zeit für grüne Wirtschaft" im Wissenschaftspark in Gelsenkirchen

Auf vielfachen Wunsch stelle ich hier meine Rede ein, die ich am Samstag auf dem **Kongress "Zeit für grüne Wirtschaft"** im Wissenschaftspark in Gelsenkirchen gehalten habe.

Veranstaltet wurde der Kongress von **Bündnis 90/Die Grünen Bezirksverband Ruhr** und der **Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft von Bündnis 90/Die Grünen**.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

willkommen auf dem Gelände diesen ehemaligen Gussstahlwerkes hier in Gelsenkirchen.

Auf meinem Schreibtisch steht ein Steinkohlebrocken, den ich mitgebracht habe, hier, der zu einem Halter für einen Stift umgearbeitet ist. Ebenfalls dort eine Solarzelle, mit der ich unter anderem mein Handy aufladen kann. Sowohl zur Steinkohle als auch zu solchen Solarzellen lassen sich viele Geschichten erzählen.

Ich will mich heute beschränken und sagen, was das mit Wirtschaft, wenn man so will auch mit grüner Wirtschaft und mit Wirtschaftspolitik zu tun hat.

Der Steinkohlebrocken steht für einen rasanten Aufstieg des Ruhrgebiets bis Ende der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Montanindustrie, gigantisches Wirtschaftswachstum, Förderung von 150 Millionen Tonnen Steinkohle im Spitzenjahr 1958 und immer neue Rekorde in der Stahlerzeugung. Wohlstand und Arbeit für mehr als eine halbe Million Menschen allein im Ruhrgebiet. Die Sekundäreffekte nicht betrachtet. Wohlgemerkt 1958. Der Steinkohlebrocken steht aber auch für einen schon Anfang der sechziger Jahre einsetzenden Wandel des Ruhrgebiets, für Transformation.

Nach dem Aufstieg der Steinkohle kam nämlich der Abstieg, denn wir wissen, what goes up must come down. Der Steinkohlebrocken steht auch für eine erhebliche Umweltverschmutzung, denn fossile Brennstoffe werden nicht ohne Schäden an der Umwelt gefördert und verfeuert. Dieser Steinkohlebrocken steht für bestimmte Arten des Wirtschaftens, für große Konzerne. Für Konzerne, die nicht ausreichend flexibel auf Veränderungen am Weltmarkt, auf geänderte Produktnachfrage reagiert haben. Dieser Steinkohlebrocken steht auch für eine Politik, die aus Angst vor dem morgen am gestern hängt und das gestern durch Subventionen stützt. Dieser Steinkohlebrocken steht, wenn man so will, für mehrere Anlässe für das Entstehen der neuen sozialen Bewegungen, letztlich der Grünen.

Ich komme zur Solarzelle. Da geht manchem grünen Parteifreund das Herz auf. Aber die Solarzelle steht für mehr. Produziert in den neuen Bundesländern steht sie für Arbeitsplätze. Sie steht für Innovation. Sie steht für saubere Energie. Für erneuerbare Energien, was den erzeugten Strom angeht. Reinraumproduktion, moderne Maschinen – aber auch für Subventionen für ein vermeintlich glorreiches morgen, für eine Ansiedlung in strukturschwachen Gegenden.

Vor fünf Jahren hätten die meisten von uns gesagt: Eine Erfolgsgeschichte. Heute wissen wir es besser. Wirklich nachhaltig ist die Stromerzeugung mit effizienten Solarmodulen! Die dahinter stehende wirtschaftliche Struktur ist es hingegen nicht.

Die Politik hat die Ansiedlung in Ostdeutschland massiv subventioniert, die Unternehmen haben sich darauf verlassen, dass die Rahmenbedingungen für Solarpanels am Weltmarkt so bleiben, wie sie es waren. Sie haben viel zu wenig geschaut, was zum Beispiel die chinesischen Konkurrenten machen und viel zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert. Die Folge: Die ebenfalls massiv subventionierten chinesischen Solarpanels sind aufgrund der Kosten von Arbeit und Kapital in China viel billiger, die nicht ausreichend befeuerten Sektor-Innovation in Deutschland kann das nicht auffangen.

Das lehrt uns: Vermeintlich ganz unterschiedliche Branchen mit ganz unterschiedlichen Produkten können den gleichen falschen Gang gehen, wenn Manager intern Fehler machen und externe Faktoren nicht rechtzeitig voraussehen. Wenn Politik nicht genug hinschaut, nicht Treiber des Neuen ist, sondern sich mit Grubenfahrten oder Besuchen in Reinraumfabriken begnügt, setzt sie keine Impulse. Aber das ist die Aufgabe von Wirtschaftspolitik.

Und die richtigen Impulse zu setzen und Folgen abzuschätzen ist zumindest verdammt schwierig.

Was heißt das für grüne Wirtschaft? Wir leben im Kapitalismus in der Ausprägung einer sozialen Marktwirtschaft. Deshalb ist grüne Wirtschaft nicht Wirtschaft von Bündnis 90/Die Grünen, die quasi am Reißbrett entworfen wird und den Zielen eines Parteiprogramms genügt. Marktwirtschaft ist eben nicht Planwirtschaft. Unternehmen bewegen sich außerhalb eines geschützten Raums, sie müssen sich mit ihren Produkten am Markt behaupten können. Längst nicht alle außerhalb Deutschlands, aber eine sehr große Anzahl in der EU und global. Und das nimmt rasant zu. Daran ändern wir hier und heute auch grundlegend nichts. Trotzdem kann der Politik und auch grüne Politik allerdings in mancher Hinsicht helfen und Wirtschaft etwas grüner machen.

Politik kann Investitionen in Forschung und Entwicklung erheblich besser stellen als beispielsweise Gewinnausschüttungen, damit Unternehmen in die eigene Zukunft investieren. Sie kann dafür sorgen, dass Forschung und Entwicklung für Unternehmen noch überlebensnotwendiger wird, wenn sie konsequent auf Toprunner-Konzepte setzt und klare Vorgaben für bestimmte Werte, zum Beispiel Abgaswerte macht.

Denn eins will ich sagen, weil ich aus dieser Region komme. Die Rauchgasentschwefelung in Kohlekraftwerken – die allermeisten davon stehen im Ruhrgebiet – hat überhaupt erst dafür gesorgt, dass die hier im Revier ansässigen Anlagenbauer und Energiekonzerne Nummer Eins beim Bau von Anlagen im Ausland sind.

Ohne Rauchgasentschwefelung wäre es dazu nicht gekommen. Hier hat Herr Töpfer, getrieben von der Umweltbewegung, gut gewirkt. Die ehemalige Umweltministerin Merkel hätte sich an ihrem Vorgänger im Amt ein Beispiel nehmen sollen. Frau Merkel hat dagegen in Brüssel jüngst dafür gesorgt, dass die Werte für den Flottenverbrauch für die Automobilindustrie erheblich laxer ausfallen, als geplant. Ich halte das für einen großen Fehler. Sie hat damit erreicht, dass sich die Automobilindustrie in Deutschland jetzt ausruht, während asiatische Konzerne massiv darein investieren, Verbrauch und Immissionen ihrer Flotte zu senken. Die deutsche Automobilindustrie, die sich mit reichen Spenden dafür bedankt hat, dass Frau Merkel ihnen jetzt quasi fettige Kartoffelchips auf dem Sofa kredenzt, wird das in zehn Jahren als großen Fehler erkennen.

Beide Beispiele sollen eins zeigen: Die Kunst grüner Wirtschaftspolitik ist nicht, gegen vermeintlich böse Konzerne zu arbeiten. Der Kapitalismus hat gesiegt. Es geht darum, dass er transformationsfähig wird,

anstatt sich mit mehr vom gleichen zu Tode zu fressen. Die Kunst ist die, die auch der Personal Fitness Trainer anwendet: Das letzte aus dem zu Trainierenden rausholen, ohne dass er tot vom Band fällt und die Weichen für einen vielfältigeren Fitness Parcours zu stellen, der nicht zu einem Übertraining führt und der nicht nur einseitig trainiert.

Im Ruhrgebiet geht es ganz massiv darum, die wirtschaftliche Struktur insgesamt weniger anfällig zu machen. Wir müssen dafür sorgen, dass durch einen größeren Branchenmix nicht alles in die Knie geht, wenn es einer Branche schlecht geht.

Und auch hier kann staatlicherseits natürlich etwas getan werden. Ich will die Politik der Landesregierung, nicht nur der mit grüner Beteiligung, jetzt durchaus auch mal loben. Die Ansiedlung von Universitäten und Fachhochschulen, beginnend mit der größten, der Ruhr-Uni Bochum mit über 40.000 Studenten, begann schon 1962. Das war ein hervorragender Schritt, um gut ausgebildete Mitarbeiter für Unternehmen auch jenseits der Montanindustrie zur Verfügung zu stellen. Aus den vielen Universitäten und Fachhochschulen sind tausende von Unternehmen entstanden, die das Ruhrgebiet krisenfester gemacht haben. Etliche davon in Bereichen, die wir für eine nachhaltige, grüne Wirtschaft dringend brauchen. Damit meine ich, grob gesagt, eine Wirtschaft, die soziale Belange berücksichtigt und nicht auf Kosten der nachkommenden Generationen wirtschaftet.

Ich habe gesagt, dass wir eine gesunde Mischung in der Wirtschaft brauchen. Hier im Ruhrgebiet haben wir viele Konzerne. Dazu auch noch viele, die sich in wenigen Branchen tummeln. Es ist gut, dass wir sie haben. Wir brauchen aber viele, große, mittlere und kleine Unternehmen, um weniger krisenanfällig zu sein. Und sie sollten auch nicht nur aus wenigen Branchen kommen.

Fangen wir klein an, bei den Gründern:

Viele, die ein Unternehmen gründen, berichten, wie schwierig das ist. Mit einer Idee, aber auf sich allein gestellt und ohne nennenswertes Kapital und ohne ein gutes Netzwerk. Es gibt erfreuliche Impulse, dass das auch im Ruhrgebiet einfacher wird.

Um auf das Bild der Fitness zurückzukommen. Sogenannte Inkubatoren und Gründerzentren bieten know how und Kontakte für nachhaltige Unternehmensgründungen. Beispiele gibt es von der Schneiderei bis zum Unternehmen für Biotechnologie. Das ist sehr positiv. Denn es bewirkt dreierlei. Erstens reduziert sich die Konzernabhängigkeit. Zweitens bewirkt die Gründung eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Strukturen und drittens bewirken Gründungen eine Veränderung des Klimas. Die Menschen vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten. Im Ruhrgebiet sagen wir: Statt „Datt wird gemacht“. „Mach selbst! Wir helfen Dir“.

Genossenschaften sind ein weiteres Instrument für eine nachhaltige Wirtschaft. Es gibt sehr positive Beispiele krisenresistenter Banken aus der Gegenwart, die diesem Modell folgen. Einerseits die alt etablierten Volksbanken, andererseits der aufstrebende Stern am Firmament der Genossenschaftsbanken, die

durchaus auch ökologischen Zielen verpflichtete GLS-Bank, die ihren Sitz in Gelsenkirchens Nachbarstadt Bochum hat. Trotzdem ist im Genossenschaftssektor sicher noch viel mehr möglich, als im Ruhrgebiet derzeit passiert. Warum nicht auch im Energiebereich Genossenschaften gründen? Warum nicht Infrastruktur in genossenschaftliche Hand überführen. Ich spiele hier auf die anderenorts bekannten Initiativen im Strom- und Wassersektor an.

Warum nicht mit kleinen Supermärkten in genossenschaftlicher Hand in den peripheren Stadtteilen des Ruhrgebiets die Einkaufsinfrastruktur sichern? Angesichts des demografischen Wandels ist es eine der Herausforderungen der Zukunft, dort Einkaufsmöglichkeiten zu bieten. Warum nicht eine Reparatur-Genossenschaft vor Ort gründen, um gemeinsam Defektes wieder in Gang zu bringen.

Mit etwas Fantasie kann man sich vieles vorstellen, was man gemeinsam auf die Beine stellen kann. Investitionen in das handwerkliche Können von Menschen, das im Ruhrgebiet im wahrsten Sinne des Wortes greifbar ist. Investitionen in Kapitalanlagen, die man noch selbst überblickt und die nicht in New York von irgendeinem Fonds-Manager verwaltet werden –
- verbunden mit unserer stillen Hoffnung, dass wenigstens die Inflationsrate als Rendite herauspringt und nicht ein erheblicher Teil des Geldes durch dubiose Wetten auf dubiose Referenzzinssätze oder nicht benötigte Neubauprojekte den Bach runter geht.

Bei diesen Beispielen will ich es bewenden lassen, denn wir haben nach den Inputs von Professor Schneidewind und Ralf Fücks ja viel Zeit, in verschiedenen Foren zu diskutieren. Darauf freue ich mich!
Vielen Dank!



Kategorie **Allgemein**



Börje Wichert



Jahrgang 79, wohnhaft in Witten und Düsseldorf

verschlagwortet



[Buch](#) [Grüne](#) [Lesetipp](#) [Politik](#) [Presse](#) [Ruhr](#) [Technik](#) [Wirtschaft](#)

Links

[Grüne Bezirk Ruhr](#) [Politische Aktivitäten und Vita](#)

[Home](#)

[Admin](#)

Dank an [Wordpress](#), [Ben Jopen](#) und [Elmastudio](#)

